

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Dr. Manuel Kiper, Christine Scheel, Margareta Wolf (Frankfurt)
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Das Datumsproblem bei Computern beim Übergang zum Jahr 2000

Weltweit drohen Computersysteme beim Übergang zum Jahr 2000 unkorrekt zu arbeiten oder ganz auszufallen. Der Grund liegt darin, daß wichtige Funktionen in Hardware- oder Softwarekomponenten von Berechnungen mit dem aktuellen Datum abhängen, die aber nur zweistellige Jahreszahlen nutzen. Experten rechnen deshalb mit einem hohen Aufwand zur rechtzeitigen Korrektur fehlerhafter Systeme. Dennoch ist davon auszugehen, daß viele Probleme erst nach der Umstellung zutage treten und für erhebliche Computerstörungen sorgen werden.

In vielen Staaten sind daher Aktivitäten zur rechtzeitigen Umstellung der Computersysteme angelaufen. Schätzungen zufolge wird die Umstellung aller Systeme weltweit 1 Billion DM verschlingen und werden weltweit 30 % der Budgets für Informationstechnologie in den nächsten Jahren für die Lösung dieses Problems ausgegeben (lt. EXPO direkt Nr. 3, 1997). In den USA werden die Gesamtkosten auf 600 Milliarden US-Dollar geschätzt, die Abschätzungen für die Computerumstellung der US-Bundesbehörden bewegen sich zwischen 2,3 und 30 Milliarden US-Dollar (The Day the World Shuts Down, in: Newsweek 2. Juni 1997, S. 44 und 46). In Großbritannien wurde ein Gesetz auf den Weg gebracht, mit dem die Umstände und Folgen der Datumsumstellung geregelt werden sollen und dazu von der Regierung eine Task Force 2000 eingerichtet.

Die Bundesregierung hat im Mai d. J. erklärt, sie erwarte „keine Probleme für die Arbeitsfähigkeit der Bundesbehörden im Zusammenhang mit der Datumsumstellung für das Jahr 2000“ (Antwort auf die schriftliche Frage Nr. 2 des Abgeordneten Dr. Rolf Niese, Drucksache 13/4779). Auch sei ihr eine Kostenschätzung für die Umstellung „kaum möglich“ (ebd., Frage Nr. 3). Im September erklärte dann der Staatssektretär im Bundesministerium des Innern, Dr. Eckart Werthebach, anläßlich der Veranstaltung „Vorbereitung auf 2000 & Euro – Stichtag für die IT-Modernisierung“, die Bundesregierung müsse besondere Aufmerksamkeit „der Sicherung der Funktionsfähigkeit der Informationssysteme beim Übergang zum Jahr 2000 (. . .) schenken“ und bedankte sich bei den Veranstaltern, „daß sie uns zwingen, schon jetzt Farbe zu

bekennen“. Dies nährt Befürchtungen in Presse und Fachwelt, daß in der Bundesrepublik Deutschland im Bereich rechnergesteuerter Systeme nicht genug unternommen wird, um der sog. „Datumsfalle“ wirksam zu begegnen.

Die mittlerweile sehr kurz gewordene Zeit bis zur Jahrtausendwende macht eine Lösung vieler Probleme kaum mehr wahrscheinlich. Bisher haben z. B. nach Aussage des Computerunternehmens Siemens-Nixdorf lediglich 30 bis 50 % seiner weltweit 100 000 Kunden das Problem erkannt. Laut Aussagen von Fachleuten muß die Datumsumstellung bis Ende 1998 abgeschlossen sein, denn für Probelaufe der geänderten Programme ist zusätzlich mindestens ein Jahr zu veranschlagen. Gleichzeitig werden ab Mitte 1998 alle verfügbaren Kapazitäten für Umstellungen ausgebucht sein. Programmierer und Umstellungsexperten sind schon heute nur noch zu Kosten zu verpflichten, die um 20 bis 50 % über denen liegen, die noch vor einigen Monaten aufzuwenden waren.

Wir fragen die Bundesregierung:

DV-Systeme der Bundesverwaltung

1. Welche Daten liegen der Bundesregierung bisher zum Themenkomplex Datumsumstellung vor?
2. Hat die Bundesregierung bereits einen Beauftragten für die Datumsumstellung benannt – wenn nicht, ist dies geplant?
3. In welchen Teilen der Bundesverwaltung wurden bereits Analysen über die Anfälligkeit der Computersysteme für Probleme bei der Datumsumstellung durchgeführt, und welche Ergebnisse hatten diese im einzelnen?
4. Gemäß welcher Prioritäten verfolgt die Bundesregierung die Umstellung der Computersysteme der Bundesverwaltung – insbesondere: welche sicherheitsrelevanten Computersysteme sind von der Umstellung betroffen?
5. Sieht die Bundesregierung gesetzgeberischen Handlungsbedarf, vor allem für die Bereiche Verwaltung, Verteidigung, Flugsicherheit, Verkehr, Gesundheitswesen, Geldgeschäfte?
6. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung konkret ergriffen, um die Funktionsfähigkeit sicherheitsrelevanter Computersysteme auch nach dem 1. Januar 2000 sicherzustellen – insbesondere bei der Flugsicherung, in kerntechnischen Anlagen, im Verkehrs- und Gesundheitswesen, und welche Maßnahmen sind geplant?
7. Welche Vorkehrungen haben nach Kenntnis der Bundesregierung Unternehmen mit Infrastrukturfunktionen, an denen die Bundesregierung Anteile hält, insbesondere die Deutsche Bahn AG für die Telekom AG für die Funktionsfähigkeit ihrer Computersysteme auch nach dem 1. Januar 2000 getroffen?
8. Verfügt die Bundesregierung in irgendeinem sicherheitsempfindlichen Bereich bereits über Notfallpläne für Probleme nach dem 1. Januar 2000, und wenn ja, in welchen?

9. In welchem Umfang ist die Fähigkeit der Finanzverwaltung zu Erzielung von Steuereinnahmen und die der Bundesverwaltung, eingegangenen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, nach dem 1. Januar 2000 sichergestellt?
10. In welcher Höhe drohen – sofern dies nicht der Fall ist – der Finanzverwaltung dadurch Einnahmeausfälle und der Bundesverwaltung Regreßforderungen durch Zahlungsverzug?
11. Welche Bereiche der Bundesverwaltung können nach Kenntnis der Bundesregierung bei Versagen der Computersysteme noch auf manuelle Bearbeitungsverfahren zurückfallen?
12. Welche Betriebssysteme werden bei den DV-Systemen der Bundesverwaltung eingesetzt, und welche Probleme bei der Datumsumstellung sind der Bundesregierung dabei jeweils bekannt?
13. Wie hoch ist bei den angeführten Betriebssystemen der Prozentsatz von
 - a) Standardsoftware,
 - b) proprietärer Software und
 - c) anwendungsspezifischen Softwareentwicklungen?
14. Welches Alter haben die in der vorangehenden Frage unter a) und b) kategorisierten Softwareprodukte der Bundesverwaltung jeweils im Durchschnitt, und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung dabei von Problemen bei der Datumsumstellung?
15. Welche Kosten entstehen durch eine Neubeschaffung von Standard- bzw. proprietärer Software, die keine Probleme bei der Datumsumstellung macht?
16. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung eingeleitet, um die von der Bundesverwaltung eingesetzte anwendungsspezifische Software auf Probleme bei der Datumsumstellung zu untersuchen, und welche Ergebnisse liegen dazu vor?
17. Welche Kosten sind der Bundesregierung bekannt, die ursächlich durch Anpassungen der bei der Bundesverwaltung eingesetzten anwendungsspezifischen Software an vierstellige Jahresdaten oder durch Ersatzbeschaffung dieser Software verursacht werden?
18. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die jeweiligen Probleme bei den von der Bundesverwaltung genutzten Hardwarekomponenten – von Peripheriegeräten über Massenspeicher bis zu Festspeicherbausteinen – und in welcher Höhe werden hierdurch Neubeschaffungen notwendig?

Banken, Versicherungen, Sozialversicherungssystem

19. In welcher Weise stellt die Bundesregierung sicher, daß die Abwicklung von Auszahlungen im Sozialversicherungssystem der Bundesrepublik Deutschland auch nach dem 1. Januar 2000 korrekt und ohne Verzug abgewickelt werden kann?

20. Welche Probleme sind der Bundesregierung im Zusammenhang mit Datumsproblemen bei der Bundesanstalt für Arbeit und der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte bekanntgeworden?
21. Welche Maßnahmen haben die Bundesanstalt für Arbeit und die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte jeweils ergriffen, um die Funktionsfähigkeit der Leistungsabwicklung nach dem 1. Januar 2000 sicherzustellen?
22. Welche Probleme sind der Bundesregierung im Zusammenhang mit Datumsproblemen im Zahlungsverkehr – insbesondere bei elektronischem Zahlungsverkehr und -mitteln – bekanntgeworden?
23. Welche Maßnahmen haben die Bundesaufsichtsämter für das Kreditwesen bzw. für das Versicherungswesen ergriffen, um die Funktionsfähigkeit von Banken und Versicherungen nach dem 1. Januar 2000 sicherzustellen?
24. Welche Ergebnisse sind der Bundesregierung über ein für September 1997 vorgesehenes Forum der Bank of International Settlements (BIS) von Computerexperten der Banken aus den G 10-Staaten bekannt?
25. Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang internationale Zahlungsverpflichtungen und Verträge durch die Datumsumstellung beeinträchtigt werden können?
26. Welche Auswirkungen hätte ein durch Mißtrauen in die Funktionsfähigkeit des Bankensystems nach dem 1. Januar 2000 bewirkter Run auf Banken und damit die Auszahlung größerer Mengen Bargeld?

Haftungsfragen

27. Wie bewertet die Bundesregierung das Problem der Haftung bei falschen Computerdaten nach der Jahrtausendwende?
28. In welchen Bereichen besteht bei nach dem 1. Januar 2000 nicht mehr funktionstüchtigen Computersystemen die rechtliche Voraussetzung für Amtshaftungsklagen, und welcher finanzielle Gesamtschaden kann dem Bund dadurch entstehen?
29. In welchem Umfang sieht die Bundesregierung Schäden aus der Haftung von Geschäftsleitungen für das ordnungsgemäße Funktionieren der DV-Systeme ihrer Unternehmen?
30. Verfügt die Bundesregierung schon über Informationen, bei denen aufgrund von § 321 Handelsgesetzbuch in Prüfungsberichten von Kapitalgesellschaften auf Gefahren für Unternehmen durch die Datumsumstellung hingewiesen wird?
31. Sind nach Ansicht der Bundesregierung Regelungen notwendig, die Finanzinstitutionen von der Haftung für Schäden durch Computerprobleme freizustellen, die nicht ihrem Verantwortungsbereich entstammen?

Wirtschaft

32. In welchem Umfang hat sich die Bundesregierung – vor dem Hintergrund, daß laut Siemens-Nixdorf Großrechenanlagen einen Zeithorizont von einem bis eineinhalb Jahren zur Umstellung benötigen – bei deutschen Großunternehmen über den Stand der Umstellung informiert?
33. Welche Veranlassung sieht die Bundesregierung – in Anbetracht der Einschätzung von Fachleuten, daß durch Versäumnisse bzw. Pannen bei der Datumsumstellung schätzungsweise 15 % der bundesdeutschen Unternehmen, dabei überwiegend kleine und mittelständische, in Konkurs gehen werden – derartigen Problemen entgegenzuwirken?
34. Hat die Bundesregierung Maßnahmen geplant, den zunehmenden Bedarf an Fachpersonal bis Mitte 1998 wirksam zu fördern – wenn ja, welche?
35. Plant die Bundesregierung finanzielle Unterstützungen für Betriebe bei der Datumsumstellung?
36. Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß bei der Datumsumstellung von weltweit vernetzt arbeitenden Betrieben die Kompatibilität der Umstellungsmaßnahmen gewährleistet sein muß, und welche Maßnahmen will sie dazu ergreifen, zu dieser Kompatibilität beizutragen?
37. Plant die Bundesregierung Maßnahmen zur Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Datumsfalle?
38. In welchem Umfang hat das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik die Öffentlichkeit über die mit der Datumsumstellung verbundenen Probleme informiert?
39. Wie bewertet die Bundesregierung das Problem der zeitgleichen Umstellung von Computern auf das neue Jahrtausend und die Umstellung auf den Euro?

Bonn, den 6. Oktober 1997

Dr. Manuel Kiper

Christine Scheel

Margareta Wolf (Frankfurt)

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

